

Freitag, 21. Oktober 2022

EU-Naturschutzpaket

Kooperative Naturschutzinitiativen sollen Berücksichtigung finden

BERLIN. Bei den Zielen der Europäischen Kommission zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sollen bestehende kooperative Naturschutzinitiativen Berücksichtigung finden. Das hat die stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Gesundheit (DG SANTE), **Claire Bury**, versichert. Sie halte derartige Modelle für eine sehr gute Vorgehensweise, die auch im restlichen Europa eingesetzt werden könne, erklärte die Kommissionsbeamtin im Rahmen einer Dialogveranstaltung zur Farm-to-Fork-Strategie, die gestern in Berlin stattfand. Bury räumte darüber hinaus ein, dass das im Raum stehende Verbot von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten ein weitreichender Eingriff sei, der möglicherweise in bestimmten Bereichen eingeschränkt werden müsse.

Der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), **Franz-Josef Holzenkamp**, bekräftigt seine Forderung nach einer Folgenabschätzung für die Kommissionspläne. „Wir kommen einfach mit pauschalen Zahlen nicht weiter, sondern wir müssen genau wissen, worüber wir reden und auch nicht der Gesellschaft etwas suggerieren, was vielleicht gar nicht real umsetzbar ist“, so Holzenkamp. Mit Blick auf die Arbeit der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) forderte er die Politik auf, endlich tätig zu werden. „Salbungsvolle Reden helfen nicht wirklich weiter, irgendwann muss man politisch auch liefern“, betonte der DRV-Präsident.

„Licht und Schatten“ attestierte derweil der Göttinger Agrarökonom **Prof. Stephan von Cramon-Taubadel** der Farm-to-Fork-Strategie. Positiv wertete er unter anderem das Bekenntnis zur Förderung von Forschung und Innovation. „Problematisch“ sind für ihn vor allem die angestrebte Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und das Ausbauziel für den Ökolandbau. Es handele sich um eher produktionstechnische Vorgaben, die nicht unbedingt zu mehr Nachhaltigkeit führten. Kernproblem ist nach Einschätzung des Wissenschaftlers die fehlende Berücksichtigung von Verlagerungseffekten. Produktionsrückgänge in der EU lösten global betrachtet Preissteigerungen aus, die wiederum Anreize für die Ausweitung der Produktion in anderen Teilen der Welt darstellten. Das Anliegen der Strategie sei nicht falsch, nur die Herangehensweise sei in einigen Aspekten „bedenklich“, so von Cramon-Taubadels Fazit.

Schon länger auf dem falschen Weg ist die EU nach Ansicht der Leiterin der Agrarabteilung in der Botschaft der Vereinigten Staaten, **Kimberly Sawatzki**. Die Gemeinschaft habe wiederholt Teile des landwirtschaftlichen Systems eingeschränkt und „attackiert“, so Sawatzki. In der Folge könne das System nicht angemessen funktionieren und bleibe auch in Sachen Nachhaltigkeit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Entscheidend ist laut der US-Repräsentantin, dass sich die EU im Kampf gegen den Klimawandel an wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht an „Propaganda, Angst oder der uninformierten Meinung der Öffentlichkeit“ orientiert. Sawatzki zufolge müssen technologische Innovationen beim Kampf gegen Klimawandel und Ernährungsunsicherheit im Mittelpunkt stehen. Ziel müsse es sein, höhere Erträge auf weniger Fläche zu erzielen; das könne nicht mit geringerer Produktivität erreicht werden. AgE/pk